

Antrag Nr. 12-O-02-0028

Lebenswertes Westend

Betreff:

Einladung des Klinikdezernenten Arno Goßmann

Antragstext:

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates wird der Klinikdezernent Arno Goßmann eingeladen. Dieser soll wegen der Beunruhigung der Bevölkerung im Stadtteil Westend/Bleichstraße bezüglich der für sie vermuteten negativen Auswirkungen auf ihre gesundheitliche Versorgung wegen der Teilprivatisierung der HSK den Ortsbeirat informieren. Auch möchte der Ortsbeirat erfahren, wieso ausgerechnet bei der HSK-Teilprivatisierung durch die Rhön Klinikum AG all die negativen Erfahrungen, die sowohl Patienten als auch Mitarbeiter bei den anderen Kliniken - z.B. Uniklinik Gießen-Marburg - des Konzerns erfahren, nicht auch von den Bewohnern des Stadtteils in der HSK demnächst gemacht werden müssen. Zudem möchte er wissen, wie zukünftig der jetzige Qualitätsstandart gewährleistet bleibt.

Begründung

Vor Jahren wurde die Uniklinik Gießen-Marburg vom Land Hessen an den börsennotierten Klinikkonzern Rhön Klinikum AG verkauft, um die alljährlichen Millionendefizite loszuwerden. Durch diese Privatisierung wurde das Land Hessen von einer drückenden Schuldenlast befreit. Inzwischen macht die Universitätsklinik Gießen-Marburg Gewinne; 2009 stieg der Umsatz um ein Zehntel, der Gewinn wurde gar verdoppelt.

Wie geht das? Es ist die Orientierung weg von der Nachfrage und weg von den Bedürfnissen der Patienten hin zum gewinnbringenden Angebot. Nur die Bereiche werden weiter ausgebaut, in denen die Bezahlung stimmt. Wo kein Geld verdient werden kann, wird nicht mehr investiert. So muss davon ausgegangen werden, dass z.B. die zusätzlichen Angebote für Krebspatienten bei der HSK gestrichen werden, was nicht nur die Bevölkerung im Stadtteil Westend/Bleichstraße betrifft.

Die Klagen der Patienten nicht nur in Marburg und Gießen, sondern auch in den anderen Kliniken des Konzerns, nehmen stetig zu. Wer im Internet recherchiert, findet viel Negatives. Noch gibt es in Marburg und Gießen Ärztinnen und Ärzte, die für ihre Patienten an die Öffentlichkeit treten und die seit der Privatisierung schlechtere medizinische Versorgung anprangern.

Deshalb lehnen wir als Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ auch auf der Basis von über 13.000 Unterschriften von beunruhigten Wiesbadener Einwohnerinnen und Einwohnern eines Bürgerbegehrens für einen Bürgerentscheid generell eine Privatisierung auch in Teilen ab, weil dadurch eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Wiesbadener Bevölkerung anstehen würde. Für die Beschäftigten werden sich vermutlich ab der Privatisierung die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern. Ab 2015 werden sie wahrscheinlich finanziell ähnlich dastehen, wie die Beschäftigten der Asklepiosklinik mit weniger Personal, höherer Arbeitsbelastung und circa 20 % weniger Lohn.

Wiesbaden, 20.04.2012